

Deutschland – von Kinderreichtum keine Rede

Zum Regelsatz-Urteil des Bundesverfassungsgerichts

Von Gabriele Lösekrug-Möller und Caren Marks

Die Kinder sind die Gewinner, das ist die Einschätzung vieler, die das höchstrichterliche Urteil zu den Regelsätzen bewerten. Doch das Urteil allein holt noch kein Kind aus der Armut oder garantiert Chancengleichheit von Jungen und Mädchen bei Bildung, Ausbildung und späterer Berufs- und Lebenssituation. Entscheidend wird sein, wie Politik und Verwaltung das Urteil umsetzen. Wir haben große Bedenken, dass die schwarz-gelbe Regierung den Richterspruch nicht in seiner großen Dimension zur Menschenwürde und Sozialstaat umsetzt.

Worum geht es? Schlicht darum, dass Kinder, sofern ihre Eltern dafür nicht sorgen können, das bekommen, was sie zum Leben und für ihre Entwicklung brauchen. Der aktuellen Ableitung des Regelsatzes für Kinder mangelt es an Nachvollziehbarkeit und Transparenz. Mehr Lebensnähe, das verlangen die Richter zu Recht, und wir seit Jahren.

Wir wollen gemeinsam mit den Trägern der Grundsicherung und den Sozialverbänden eigenständige Regelsätze für Kinder entwickeln, die alters- und entwicklungspezifische Bedarfe korrekt berücksichtigen. Sollten dazu weitere Studien oder Gutachten erforderlich sein, sind diese schnellstmöglich in Auftrag zu geben. Grundsätzlich sollte beim Ministerium für Arbeit und Soziales eine Kommission unter Beteiligung des „Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge“, WissenschaftlerInnen und Sozialverbänden eingesetzt werden die die Regelsatzermittlung begleitet.

Geld ist nicht alles, wenden die Kritiker ein. Und sie haben Recht. Aber eine angemessene finanzielle Grundsicherung ist die materielle Basis, Betreuungs- und Bildungsangebote für jedes Kind müssen hinzukommen. Das fängt beim Kitaplatz an, geht über das warme Mittagessen in der Schule und endet beim gebührenfreien Erststudium. Sozialdemokraten ist jedes Kind gleich viel Wert. Das unterscheidet uns von Schwarz-Gelb. Während sie Kinderfreibeträge erhöhen und für Reiche Steuern senken wollen, kämpfen wir für Löhne, die zum Leben reichen, Kinderbetreuung, die Alleinerziehenden Berufstätigkeit ermöglicht und frühkindliche Bildung. Alles zusammen ist der Schlüssel für gleiche Zukunfts- und Bildungschancen unserer Kinder.

Damit unsere Kinder zu Gewinnern werden, bedarf es einer Politik, die Kommunen in die Lage versetzt, kinder- und familienfreundliche Leistungen anzubieten. Die derzeitige Politik dreht den Städten und Gemeinden gerade den Geldhahn zu! Damit unsere Kinder zu Gewinnern werden, bedarf es einer Politik der Bundesländer, die bestmögliche Bildung für jedes Kind organisiert. Wie das geht, zeigt Rheinland-Pfalz! Damit unsere Kinder zu Gewinnern werden, bedarf es einer Politik auf Bundesebene, die nicht den Niedriglohn salonfähig macht, sondern mit aktiver Arbeitsmarktpolitik Menschen aus dem Grundsicherungsbezug erlöst, durch gute Infrastruktur für Familien die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ermöglicht und Alleinerziehende besser unterstützt. Das ist unser Weg!

Kein Kind zurücklassen, das ist im Sinn unserer Verfassungsrichter. Das ist gesellschaftlicher Auftrag, das ist politische Aufgabe der SPD. Mit den Verbesserungen der Leistungen für Kinder in den letzten Jahren haben wir im Wettlauf mit veränderten Verhältnissen einiges erreicht, aber noch viel zu tun. Wir streben ein breites Bündnis zum Wohl aller Kinder in Deutschland an. Es grenzt an Leichtsinn, ihr Wohl Schwarz-Gelb zu überlassen, das beweisen die jüngsten Äußerungen des Vizekanzlers. Spalter und Neider, Arrogante und Überhebliche waren noch nie gute Sachwalter der Interessen unserer Kinder.